



**Oktober 2020**

# KLIMAWANDEL ALS KONFLIKTPOTENZIAL IN DER REGION AFGHANISTAN

*Markus Gauster, Roman Roshan*

*Afghanistan als Teil der Indusregion ist in den letzten Jahren von langen Dürreperioden, stark abnehmendem Grundwasser und dem Konflikt um Wasser und fruchtbares Land geprägt. Der Klimawandel hat Afghanistan und seine Nachbarn Pakistan und Iran daher längst erfasst. Zudem hat die jahrzehntelange Bürgerkriegsökonomie die Umwelt und die Wasserinfrastruktur weitgehend zerstört. In der Folge sind sicherheitspolitische Konfliktlinien um Ressourcen entstanden, die der Bevölkerung zunehmend die Lebensgrundlage entziehen sowie Migration und Flucht auslösen. Internationales Krisenmanagement hat diese Entwicklungen mitzudenken und kann gezielte Akzente setzen, um Fluchtursachen entgegenzuwirken.*

Die Klimasituation in Afghanistan wird geprägt von den Einzugsgebieten des Indus, der Gletscherregionen des Himalaya und des Hindukusch-Gebirges. Die daraus gespeisten Helmand- und Kabul-Flussbecken versorgen einen großen Teil der afghanischen Bevölkerung. Gemäß einer Studie von Philippus Wester et al. aus dem Jahr 2019 wird bis zum Jahr 2100 ein Drittel dieser Gletscher abgeschmolzen sein, wodurch die Flusspegel dramatisch sinken werden. Diese Prognose ist ein klares Indiz für den Klimawandel in der Region, der den bewaffneten Konflikt verstärken und die prekäre humanitäre und wirtschaftliche Situation nochmals erschweren könnte.

Die Bürgerkriegsökonomie in Afghanistan hat seit 1979 (Intervention der Sowjetunion) bzw. 2001 (US-Intervention) zu schwerwiegenden Umweltproblemen geführt, die landwirtschaftliche Flächen unkultivierbar machten und Bewässerungssysteme zerstörten. Seitdem ist die Wasserversorgung für die wachsende Bevölkerung völlig unzureichend. Diese Wasserkrise ist neben den Friedensverhandlungen mit den Taliban oder der Covid-19-Pandemie eine von vielen aktuellen Herausforderungen, die wegen des andauernden bewaffneten Konflikts, Korruption und fehlender Prioritätensetzung nicht behoben werden kann.

27% der über 35 Mio. Einwohner Afghanistans haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Hinzu kommt, dass 80% der Bevölkerung direkt auf natürliche Ressourcen wie Wasser, Ackerland oder Viehbestand zum Überleben angewiesen sind. Die Ernährungssicherheit der Menschen hängt daher sowohl in der Stadt als auch am Land stark von den klimatischen Bedingungen ab, die sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert haben. 90% des verbrauchten Wassers in Afghanistan werden für die Landwirtschaft und Viehzucht genutzt, was ein starkes Ungleichgewicht bei der Wasserverteilung darstellt. Zudem sinken die Grundwasserreserven in Afghanistan drastisch. Als Perspektive bleibt der Regierung nur die Ausweitung international finanzierter Staudammprojekte, was für grenzüberschreitendes Konfliktpotenzial sorgt.

Internationales Krisenmanagement könnte die Wassersituation durch technische Unterstützung relativ leicht verbessern. Auf ziviler Seite ist die UNO mit dem UN Environment Programme (UNEP) federführend, um die Folgen des Klimawandels in Afghanistan zu bekämpfen. Die Resolute Support Mission (RSM)

der NATO unterstützt – mit österreichischer Beteiligung – vor allem die afghanische Armee. Im Umweltschutz ist RSM mit einem Staboffizier „Theatre Environmental Protection“ aktiv. Unabhängig von der zukünftigen Präsenz internationaler Truppen, Covid-19 und dem Ausgang von Friedensverhandlungen können vier Konfliktlinien im Kontext des Klimawandels identifiziert werden.

### **Wasserkonflikte in der Megacity Kabul**

Die Grundwasserressourcen in der Hauptstadt Kabul mit über fünf Millionen Einwohnern sind am Limit. Diese Entwicklung wird durch die Landflucht verstärkt. Für Wasser muss in Kabul immer tiefer gegraben werden, was kostenintensiv ist. Laut dem U.S. Geological Survey hat der Grundwasserspiegel in Kabul zwischen 2002 bis 2012 jährlich um 1,5m abgenommen. Gleichzeitig haben nur 20% der Kabuler Bevölkerung Zugang zu Trinkwasser.

Wer mehr Geld hat, kann tiefere Brunnen graben und mehr Wasser fördern. Das trägt zur wachsenden Erosion des sozialen Zusammenhalts bei, da wohlhabende Einwohner einfacheren Zugang zu Wasser haben. Nicht-staatliche Akteure wie Milizen könnten von der Wasserknappheit profitieren. Im Extremfall könnten Kämpfe um Wasser in Kabul die Folge sein.

### **Konflikte um fruchtbares Ackerland**

Konflikte um Ressourcen in Afghanistan finden auf verschiedenen Ebenen statt: zwischen Provinzen, Distrikten und Milizen; zwischen der Drogenindustrie und der restlichen Landwirtschaft; oder zwischen stromaufwärts und stromabwärts gelegenen Dörfern. Im Vordergrund stehen Besitzansprüche auf Bau- und Ackerland sowie Wasserrechte. Die nomadisch lebende Bevölkerung (z.B. über zwei Mio. Kuchi-Nomaden) steht besonders unter Druck, ständig neue Weidegründe und Wasserquellen für ihre Herden zu finden.

Die Abhängigkeit der Menschen von der Landwirtschaft und ihren Erzeugnissen (z.B. Reis, Mais, Wassermelonen, Granatapfel oder Safran) macht sich daher bei langen Dürreperioden noch stärker bemerkbar (Entzug der Lebensgrundlagen, Hungersnöte). Der Klimawandel und die Umweltzerstörung verstärken Landstreitigkeiten und Armut, was wiederum Instabilität, Kriminalität und Binnenmigration verursacht. Ausgetrocknete Böden können kaum Wasser aufnehmen und verstärken die Auswirkungen von Überflutungen. Auch das Interesse von Milizen, Agrargebiete mit guter Wasserversorgung unter ihre Kontrolle zu bringen und dort Opium anzubauen, dürfte weiter ansteigen.

### **Intensivierung der Konflikte rund um die Drogenindustrie**

Afghanistan ist der größte Opiumproduzent weltweit. Der Schlafmohnanbau ist zentral für Bürgerkriegsökonomie und Lebensgrundlage für zehntausende Bauern und ihre Familien. Die Anbauflächen erreichten 2017 gemäß dem UN Office on Drugs and Crime (UNODC) mit 3.280 km<sup>2</sup> einen neuen Höhepunkt. Der Klimawandel wird jedoch auch für die Opiumindustrie zur Gefahr. Geeignete Anbauflächen sind wegen des Wassermangels zunehmend umkämpft. Für 2018 – ein Jahr mit schweren Dürren – wurde eine signifikante Verringerung des Drogenanbaus um 20% festgestellt, was noch immer der Fläche von Vorarlberg (!) entspricht. Trotzdem blieb die Drogenproduktion seitdem relativ stabil.

Der Drogenhandel konnte sich auch 2020 weiterhin frei entfalten, wobei der Handel mit Opium über 10% (über zwei Mrd. USD) des afghanischen Bruttoinlandsproduktes ausmacht. Die Drogenwirtschaft hält den bewaffneten Konflikt aufrecht. Die hohen Gewinne gehen an afghanische (Gewalt-)Akteure wie Milizen, Taliban und Regierungskreise.

Eine Korrelation von Mohnanbau, Dürre und steigender Unsicherheit lässt sich

in den meisten afghanischen Provinzen feststellen. Der durch Dürre erzwungene Rückgang des Opiumanbaus führt zu verstärkten lokalen Konflikten. Das Konfliktpotenzial um Land, Wasser und den Opiumanbau hat sich daher deutlich vergrößert.

### **Transnationale Wasserkonflikte zwischen Afghanistan und seinen Nachbarn**

Der Bedarf Afghanistans nach effektiver Wassernutzung und Energie (Trinkwasser und Stromerzeugung) wird durch den Klimawandel und die Landflucht verstärkt. Afghanistan verfügt jährlich über ca. 80 Milliarden m<sup>3</sup> erneuerbare Wasserressourcen, wovon über 70 Prozent (!) in die Nachbarstaaten abfließen und daher verloren gehen. Beispiele sind der Kabul-Fluss, der in Pakistan in den Indus mündet, oder der Helmand-Fluss, der in den Iran abfließt. Auf zwischenstaatlicher Ebene können daher latente Konflikte zwischen Afghanistan, Iran und Pakistan um die Nutzung von Flüssen eskalieren.

International unterstützte Energie- und Wasserversorgungsprojekte gibt es bereits seit den 1930er Jahren. Seit 2001 gibt es trotz des bewaffneten Konflikts wieder neue Vorhaben. Indien engagiert sich als langjähriger Partner Afghanistans geostrategisch, um die Wasserversorgung seines Erzfeindes Pakistan durch Staudammprojekte in Afghanistan zu schwächen. So baut Indien mit der Weltbank-Gruppe den Shahtoot-Damm westlich von Kabul. Das könnte den Langzeit-Konflikt befeuern.

Ähnliches gilt auch für den von Indien 2016 in der Provinz Herat fertiggestellten „Afghanistan-India Friendship Dam“, der den Helmand-Fluss in Richtung Iran aufstaut. Der Damm hat Afghanistans Stromabhängigkeit reduziert, aber wegen der Verringerung des Wasserflusses eine politische Verstimmung mit dem Iran ausgelöst. Staudammprojekte in Afghanistan sind in ihren Auswirkungen daher untrennbar mit Pakistan und Iran verbunden und machen bilaterale Wasserabkommen dringend nötig.

### **Rückschlüsse**

Der Klimawandel beeinflusst die strategische Ressource Wasser und damit auch das Bedrohungs- und Konfliktbild und schwächt die Resilienz Afghanistans zunehmend. Wasserkonflikte beginnen an den Quellen des Hindukusch und treten auf allen Ebenen (zwischenstaatlich, Provinzen, Städte, Gemeinden und Familien) auf. Dadurch entstehen ähnlich negative Auswirkungen auf die afghanische Bevölkerung wie durch bewaffnete Konflikte, ideologische Auseinandersetzungen, Systemkonkurrenzen sowie durch Terrorismus.

Lösungsansätze zur Überwindung von Wasserkonflikten sind nicht einfach zu finden, da die Wasserkrise von offiziellen Stellen bzw. Ministerien häufig ignoriert bzw. mit dem Klimawandel begründet wird, „gegen den man nichts machen kann“. Man verlässt sich zu sehr auf die Unterstützung Indiens im Hinblick auf Wasserspeicher und Wasserkraftprojekte.

Internationale Akteure sollten die Förderung von Wassernutzungsabkommen mit Iran und Pakistan, Umweltschutzprogramme (UNEP), strategische Wasserinfrastruktur (Mapping von Ressourcen), lokales Wassermanagement (Beispiel Mirab) und den Aufbau von Kompetenzzentren unterstützen. Die effiziente Nutzung der Ressource Wasser als kleinster gemeinsamer Nenner für Sicherheit, Frieden und Wirtschaft kann wesentlich zur Stabilisierung und Resilienz Afghanistans beitragen.

### **Lösungsansätze und Empfehlungen**

**1. Zwischenstaatliche Wassernutzungsabkommen fördern:** Diese sind ein wichtiges Instrument zur Konfliktprävention und sollten ausgebaut werden. Die Anzahl bilateraler Wasserabkommen Afghanistans ist jedoch sehr gering. Anzuführen ist ein Abkommen mit Iran über die Nutzung des Helmand-Flusses (1973). Mit Pakistan existiert kein Abkommen. Afghanistan

weigert sich beharrlich, einen Vertrag über die Wassernutzung des Kabul-Flusses mit Pakistan zu unterzeichnen, weil dieser den von Indien unterstützten Bau von Staudämmen erschweren würde. Internationale Vermittlungen, Mediation und österreichisches Wasserkraft-Know-How sollten daher im Sinne einer verstärkten „Hydrodiplomatie“ in die Region einfließen und dazu beitragen, interne und transnationale Konflikte zu entschärfen.

**2. Unterstützung des UN Environment Programme (UNEP) in Afghanistan:** Österreich könnte dazu beitragen, die Resilienz Afghanistans im Hinblick auf Dürren und Wasserkrisen zu stärken. UNEP versucht u.a., die Wasserbewirtschaftung und Nahrungsmittelsicherheit zu verbessern sowie Agrarforstsysteme und klimabezogene Frühwarnsysteme zu etablieren. Afghanische Landwirte sollten in diesem Sinne neben dem wasserintensiven Reis- und Maisanbau auch wasserarme Nutzpflanzen (z.B. Karotten oder Zwiebel) anbauen. Alternativen zu Schlafmohn, wie Safran oder Pistazien, sollten gefördert werden.

**3. Europäischer Know-how-Transfer im Bereich Wassermanagement und Infrastruktur:** Die EU und Österreich sollten Afghanistan bei der Erstellung einer landesweiten Datenbank über natürliche Ressourcen unterstützen. Basis dafür wäre die Schaffung von wissenschaftlichen Foren zum Thema Klimawandel und Konflikt, um evidenzbasierte Entscheidungen treffen zu können. Eine Kartierung (Mapping) der Wasservorkommen würde z.B. zu einer effizienteren Wassernutzung führen. Dazu sollten afghanische Experten mit dem Ziel aufgebaut und trainiert werden, eine stabile Wasserinfrastruktur zum Wohle der lokalen Bevölkerung zu etablieren. Die Vernetzung mit dem Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) der UNO ist daher für alle involvierten Akteure, Friedenseinsätze und Krisenregionen zielführend.

**4. Förderung des lokalen Wassermanagements auf Gemeindeebene („Mirab“-System):** Der Mirab ist eine traditionelle afghanische Institution, ein Gemeindeführer oder Ältester, der von lokalen Landbesitzern gewählt wird. Er verwaltet den Betrieb des Bewässerungssystems und die Steuerung der Wasserverteilung. Er kann auch bei Wasserstreitigkeiten als Mediator zu Hilfe gezogen werden. Die Rolle des Mirab als Wassermanager dürfte durch den zunehmenden Wassermangel an Relevanz gewinnen, was die UNEP bereits erkannt hat. Auch die EU sollte das Mirab-System in Regionen mit Wasserknappheit bzw. Wasserkonflikten unter besonderer Beachtung lokaler Stammesgesetze und der Bedürfnisse der Bevölkerung unterstützen.

**5. Etablierung bzw. Förderung des Environmental Security Adviser in Friedensmissionen:** Nachdem klimarelevante Sicherheitsrisiken gemäß SIPRI deutlich im Steigen begriffen sind, haben internationale Friedenseinsätze dahingehend einen Handlungsbedarf. Das Beispiel der UN-Mission UNSOM in Somalia könnte als Modell dienen, Positionen für kompetente Umweltschutz-Berater auch in Afghanistan im zivilen (z.B. UNAMA, UNDP, EU Delegation) und militärischen Bereich (z.B. RSM, zukünftige Missionen) zu installieren.

**6. Förderung staatlicher Kompetenzzentren in Afghanistan zur Entwicklung von Resilienz bei Klimakatastrophen („Drought Operations Coordination Center“):** Dabei geht es um den Aufbau eines Early Warning Systems zur präventiven, schnellstmöglichen Bereitstellung von Unterstützung Betroffener in Dürreregionen, bei Überflutungen und Lawinenkatastrophen. Auch hier könnten internationale Truppen und Berater im Geowesen, logistisch und ausbildungstechnisch wertvolle Unterstützung leisten.

**Impressum:**

Medieninhaber/Herausgeber/Hersteller: Republik Österreich/BMLV, Roßauer Lände 1, 1090 Wien

Redaktion: Landesverteidigungsakademie Wien/IFK, Stiftgasse 2a, 1070 Wien

Periodikum der Landesverteidigungsakademie

Druck: ReproZ W 20-XXXX, Stiftgasse 2a, 1070 Wien



[www.facebook.com/lvak.ifk](https://www.facebook.com/lvak.ifk)